

Editorial

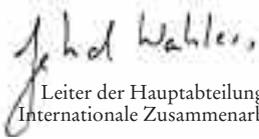


In der Entwicklungszusammenarbeit nimmt die Forderung nach guter Regierungsführung eine zunehmend bedeutende Rolle ein. Sie ist auch Kernbestandteil des neuen Kriterienkatalogs des BMZ, der seit Januar diesen Jahres die Unterstützung für Entwicklungs- und Schwellenländer künftig stärker an der Einhaltung dieser Kriterien orientiert. Die Sicherung guter Regierungsführung ist aus meiner Sicht ohne die Etablierung demokratischer Rahmenbedingungen nachhaltig nicht möglich. Deshalb muss Demokratieförderung ein integraler Bestandteil des Konzepts von Good Governance sein.

Zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung einerseits und Demokratie, ihren Werten, Institutionen und Verfahren andererseits besteht ein enger Zusammenhang. Demokratie, demokratische Akteure und Institutionen wie Parteien, faire und freie Wahlen oder ein funktionierendes Parlament sind gewissermaßen Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Als Akteure der Interessenaggregation und -artikulation, der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung, der Elitenrekrutierung und der politischen Führung sind Parteien und ihre Repräsentanten grundsätzlich von besonderer Bedeutung für die Verankerung der Demokratie. Deshalb zählt die Zusammenarbeit mit und die Förderung von demokratischen Parteien zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wir sind davon überzeugt, dass die Repräsentation gesellschaftlicher Interessen, die aktive Teilnahme der Bür-

gerinnen und Bürger an der Gestaltung ihres Gemeinwesens, gemeinwohlorientierte Regierungsführung und damit letztlich Entwicklung nur durch starke demokratische Parteien, Parteienvielfalt und demokratische Parteienkonkurrenz zu erreichen sind.

Drei Beiträge dieses Heftes widmen sich explizit politischen Parteien in jungen bzw. noch nicht vollständig konsolidierten Demokratien. Die Befunde decken sich im Grunde mit denen der vergleichenden Demokratie- und Transformationsforschung, z. B. dem Bertelsmann-Transformationsindex (BTI). Der Beitrag der politischen Parteien in Entwicklungs- und Transformationsstaaten zum Demokratisierungsprozess entspricht demnach dem jeweiligen Transformationsgrad eines Landes. Je höher der Konsolidierungsgrad der Demokratie und ihrer Institutionen ist, desto gefestigter sind auch demokratische Parteien und desto besser sind die allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung. Dieser Zusammenhang wird meiner Meinung nach in der entwicklungspolitischen Diskussion nicht ausreichend gewürdigt. Organisationen der Zivilgesellschaft, die ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag zu gesellschaftlichen Entwicklungen leisten, können Parteien und Parlamente nicht ersetzen. Parteienzusammenarbeit erfordert auch eine Parteilichkeit. Parteienzusammenarbeit kann weder unter technischen Aspekten noch überparteilich durch so genannte Multi-Party-Institutionen adäquat ausgefüllt werden. Dies ist ein originäres Aufgabenfeld der politischen Stiftungen.


Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit